



# Den Demographischen Wandel in Niedersachsen aktiv gestalten

Niedersachsengerechter.



## **Impressum**

**SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag**  
**Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1**  
**30159 Hannover**

### **Vi.S.d.P.:**

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

### **Layout und Satz:**

Andreas Schneider  
(E-Mail: [Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de](mailto:Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de))

## Vorwort

Der demografische Wandel ist mittlerweile zu einem wichtigen, aber stark polarisierenden Thema geworden. Dabei geht es nicht nur um die vordergründigen Debatten zur Kinderbetreuung, der Rolle der Frauen oder Fragen der künftigen Alterssicherung. Vielmehr werden sich die demographischen Veränderungen auf nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche auswirken und bestehende Entwicklungen verschärfen.

Zu einem wichtigen Thema für die SPD werden die demografischen Veränderungen, weil dadurch grundsätzliche Überzeugungen zur Zukunft unserer Gesellschaft und zentrale Fragen von Gerechtigkeit und Solidarität berührt werden.



Dabei ist insbesondere für ein Flächenland wie Niedersachsen mit so ungleichen Entwicklungsperspektiven eines klar: Ein »weiter so« auf allen politischen Ebenen wird den Herausforderungen des demographischen Wandels nicht gerecht. Dies ist eine zentrale Erkenntnis aus der Arbeit der Enquete Kommission »Demographischer Wandel – Herausforderungen für ein zukunftsfähiges Niedersachsen«, die im Juli 2007 nach zweijähriger Arbeit ihren umfangreichen Bericht vorgelegt hat.

Die Bevölkerung Niedersachsens wird künftig nicht nur insgesamt deutlicher abnehmen und altern, vor allem die Regionen des Landes werden sich weiter auseinanderentwickeln.

Vor diesem Hintergrund müssen Rahmenbedingungen angepasst werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Landes zu erhalten. Wir benötigen zukunftsfähige Lösungen, die auch den Menschen in schrumpfenden Regionen Zukunftschancen einräumen. Das Land darf sich deshalb nicht durch eine Politik der Deregulierung und Privatisierung weiter aus der Verantwortung zurückziehen. Vielmehr bedarf es gezielter Unterstützung der Regionen, um sich an die Veränderungen anzupassen.

Wir benötigen zukunftstaugliche Visionen und Leitvorstellungen und nicht nur eine Anpassung der Modelle aus der Vergangenheit an die Bedingungen der Zukunft.

Schrumpfung bietet vor allem Chancen des qualitativen Wachstums, erfordert sehr viel stärker politikfeldübergreifende Lösungen und entschlossenes Handeln.

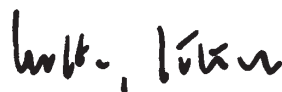
Das bedeutet in der Bildungs-, in der Innovations- und in der Integrationspolitik grundlegend andere Wege zu gehen, als von konservativer Seite vorgeschlagen.

Mit dem Positionspapier ›Den Demographischen Wandel aktiv gestalten‹ will die SPD den wichtigen Diskussionsprozess zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes und für eine gerechte Politik in Gang bringen. Es gilt, die Chancen des demographischen Wandels aktiv für die Entwicklung Niedersachsens zu nutzen.



**Frauke Heiligenstadt**

Sprecherin des Arbeitskreises  
›Enquete Kommission‹ der SPD-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag



**Wolfgang Jüttner**

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

## Inhalt

<b>Mitglieder der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag in der Enquete Kommission ›Demographischer Wandel‹</b> .....	7
<b>Demographie-Fakten und Hintergründe</b> .....	9
<b>Stellenwert des Demographischen Wandels</b> .....	17
<b>Eckpunkte einer zukunftsgerechten Landespolitik</b> .....	19
Visionen entwickeln, Orientierung geben, integrativ Denken und Handeln .....	19
Den demographischen Wandel als Chance für Niedersachsen begreifen .....	19
Politik an der Lebenswirklichkeit der Menschen ausrichten .....	20
Gesellschaftliche Aufgaben neu definieren und verteilen .....	20
Für einen fairen gesellschaftlichen Ausgleich sorgen .....	20
Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen .....	21
<b>Kinder und Familien stärken</b> .....	22
Familienbild modernisieren und Familien stärken .....	22
Vereinbarkeit von Familie und Beruf herstellen .....	23
Umfassende Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr sicherstellen .....	23
Flexible Betreuung und Förderungen für alle Kinder .....	23
Familienfreundliche Arbeitswelt gestalten .....	23
Lebensarbeitszeit flexibilisieren und entzerren .....	24
<b>Gleiche Bildungschancen für alle</b> .....	25
Zentralen Stellenwert von Bildung erkennen .....	25
Bildungschancen für alle verwirklichen und lebensbegleitend organisieren .....	25
Schulsystem anpassen und modernisieren .....	26
Lehrerbildung modernisieren .....	26
Berufliches Bildungssystem ausbauen .....	27
Für die Wissensgesellschaft fit machen .....	27
<b>Erwerbspotenziale ausschöpfen</b> .....	29
Qualifikationspotenziale nutzen .....	29
Erwerbspotenziale besser erschließen .....	30

... von Frauen .....	30
... von älteren Menschen .....	30
... von jüngeren Menschen .....	31
... von Migrantinnen und Migranten .....	31
... von Menschen mit Behinderungen .....	32
... von Erwerbslosen .....	32
<b>Integration leben .....</b>	<b>33</b>
Internationalisierung der Gesellschaft anerkennen .....	33
Potenziale von Migrantinnen und Migranten erkennen und fördern .....	33
<b>Wirtschaftsstandort stärken .....</b>	<b>34</b>
Innovative Strukturen fördern .....	34
Anpassung an veränderte Nachfragestrukturen unterstützen .....	34
Attraktivität Niedersachsens für Zuwanderer steigern .....	34
<b>Selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen .....</b>	<b>36</b>
Langes eigenständiges Leben unterstützen .....	36
Potenziale erkennen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen .....	36
Menschenwürdige Betreuung und Pflege sicherstellen .....	37
Palliative Pflege ausbauen .....	37
<b>Prävention und Teilhabe stärken .....</b>	<b>38</b>
Gesundheitsprävention und -förderung ausbauen .....	38
Versorgungsstrukturen bedarfsgerecht modernisieren .....	38
Angebote vernetzen .....	39
Regional angepasste Lösungen entwickeln .....	39
<b>Räumlichen Zusammenhalt stärken und Daseinsvorsorge sichern .....</b>	<b>40</b>
Regionale Unterschiede erkennen und allen Landesteilen Perspektiven eröffnen .....	40
Daseinsvorsorge zukunftsfähig machen .....	41
Daseinsvorsorge als zentrale öffentliche Aufgabe erhalten .....	41
Gleichwertigkeit und Mindeststandards neu definieren .....	41
Erreichbarkeit verbessern und Mobilität für alle sichern .....	42
Regionale Verantwortung stärken .....	42
Funktionsfähigkeit von Strukturen überprüfen .....	43
Investitionen an langfristigen Entwicklungen orientieren .....	43
Hilfestellung für Kommunen geben .....	44

<b>Lebenswerte Städte und Gemeinden erhalten</b> .....	45
Prioritäten setzen .....	45
Integrierte Konzepte verfolgen .....	45
Qualitäten entwickeln .....	45
<b>Zivilgesellschaft stärken</b> .....	47
Zusammenleben der Generationen stärken .....	47
Rolle und Stellenwert bürgerschaftlichen Engagements klären .....	47
Engagement auf breite Basis stellen .....	48
Engagement fördernde Strukturen stützen .....	48





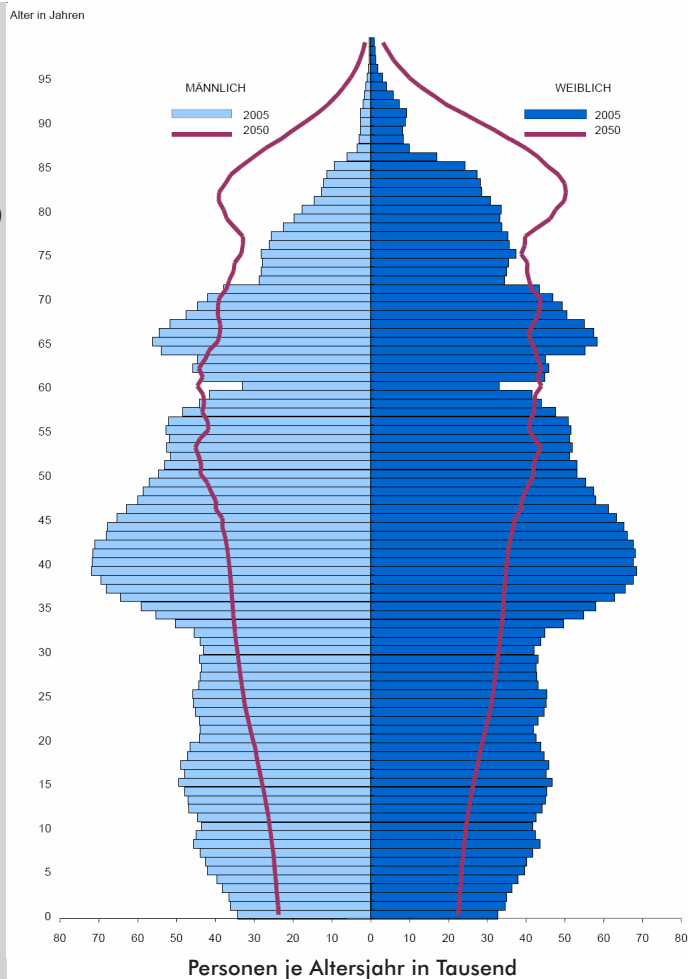
Mitglieder der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag in der Enquete Kommission »Demographischer Wandel – Herausforderungen für ein zukunftsfähiges Niedersachsen«. V.l.n.r.: Frauke Heiligenstadt (Sprecherin der SPD-Fraktion in der Kommission), Hanne Modder, Uwe Harden, Karin Stief-Kreihe (Vorsitzende der Kommission) und Rolf Meyer



## Demographie-Fakten und Hintergründe

### Weniger junge und mehr ältere Menschen

- Anstieg des Durchschnittsalters bis 2050 von 42 auf 50 Jahre
- Veränderung der Bevölkerung bis 2050
  - Bis unter 20 Jahre: - 40%
  - 20 bis unter 40 Jahre: - 34%
  - Über 60 Jahre: + 30%
  - Über 80 Jahre: + 160%



### Landesweit rückläufige Bevölkerungszahlen

- Langfristig bis 2050:  
-18% oder -1,4 Millionen Einwohner
- Mittelfristig bis 2020:  
- 3% oder -200.000 Einwohner

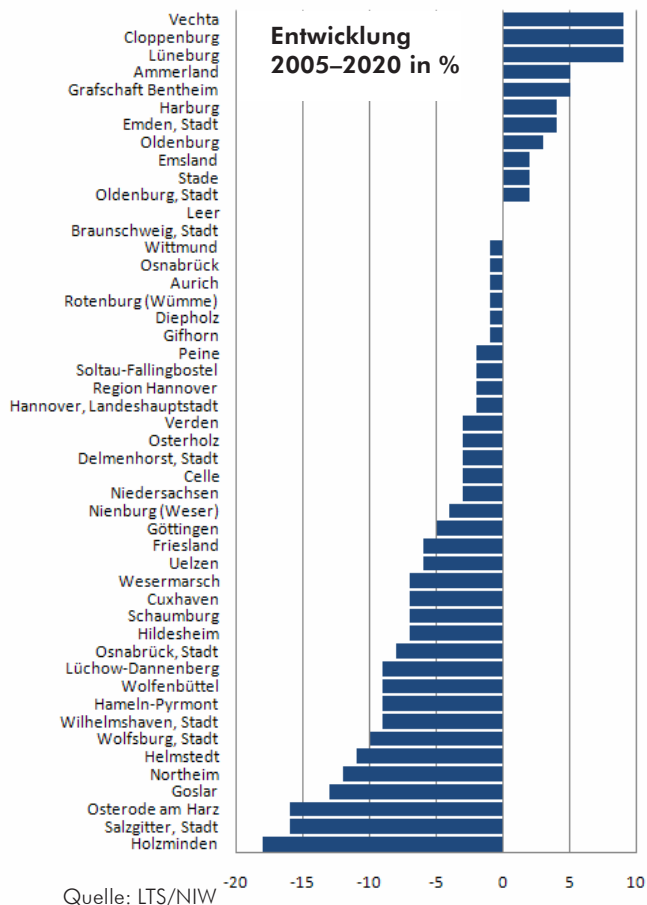
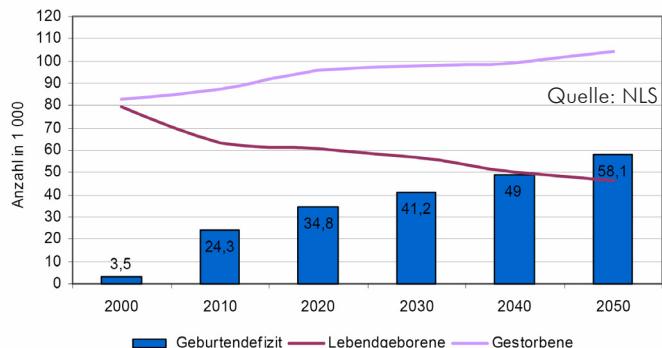
#### Ursachen:

- Wachsende Geburtendefizite durch niedrige Geburtenhäufigkeit und steigende Lebenserwartung
- Sinkende Wanderungsüberschüsse, die Geburtendefizite nicht mehr ausgleichen können

### Wachsende regionale Unterschiede

#### Entwicklung der Bevölkerung bis 2020

- Spanne bis 2020:  
+9% bis -18%
- Wachstum nur noch im Nordwesten und im Süden Hamburgs
- ¾ aller Regionen mit Bevölkerungsverlusten bis 2020
- Erhebliche Bevölkerungsverluste im Süden und Osten des Landes

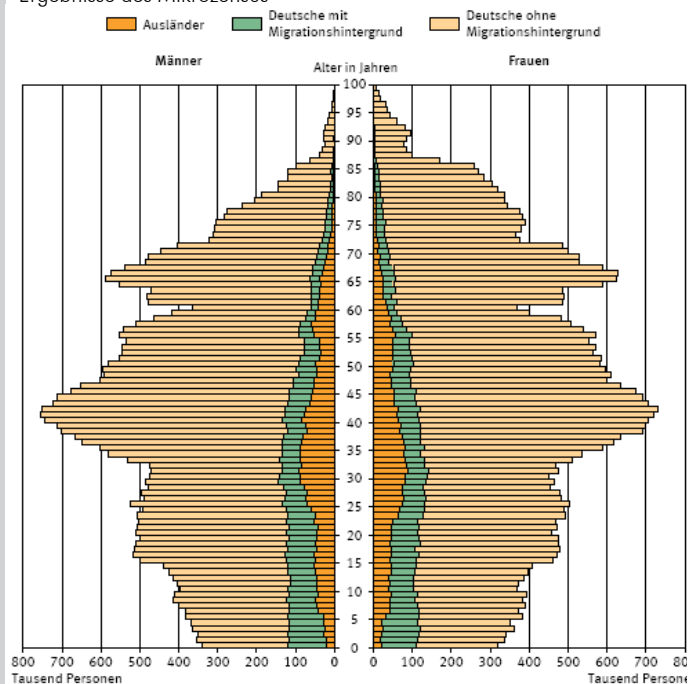


### Internationalisierung der Gesellschaft

- Fast jeder fünfte Einwohner hat einen Migrationshintergrund
- Bei Kindern und Jugendlichen liegt der Anteil bei 25%
- Ausgeprägte Stadt-Land-Unterschiede mit stark überdurchschnittlichen Anteilen in Städten

### Alterspyramide 2005 nach Migrationshintergrund

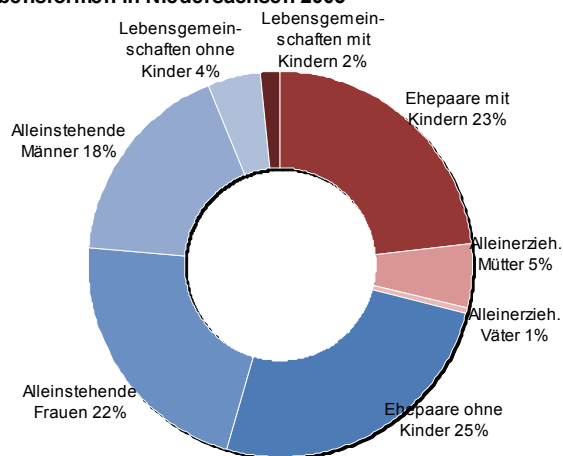
Ergebnisse des Mikrozensus



### Pluralisierung der Lebensformen

- Anteil der Ehepaare mit Kindern seit 1975 halbiert
- Anteil der Haushalte mit Kindern liegt nur noch bei 30%
- Künftig weitere Zunahme kleiner Ein- und Zweipersonenhaushalte
- 2020 nur noch ¼ aller Haushalte mit mehr als zwei Personen

### Lebensformen in Niedersachsen 2005



### Niedrige Frauenerwerbsquote und ...

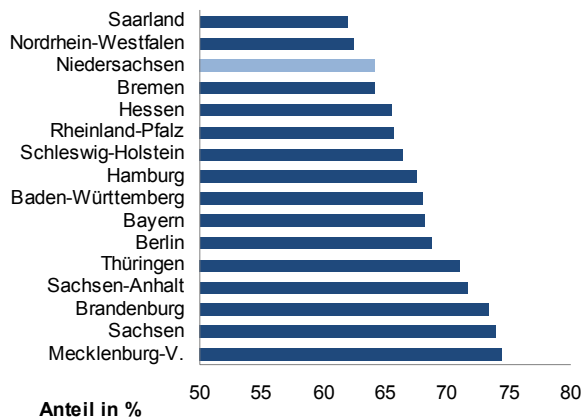
- Erwerbsquote von Frauen zwischen 15 und 64 Jahren liegt unter dem Bundesdurchschnitt

### ... erheblicher Nachholbedarf bei der Kinderbetreuung

Im Bundesvergleich nach Statistischem Bundesamt Schlusslicht bei der Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen

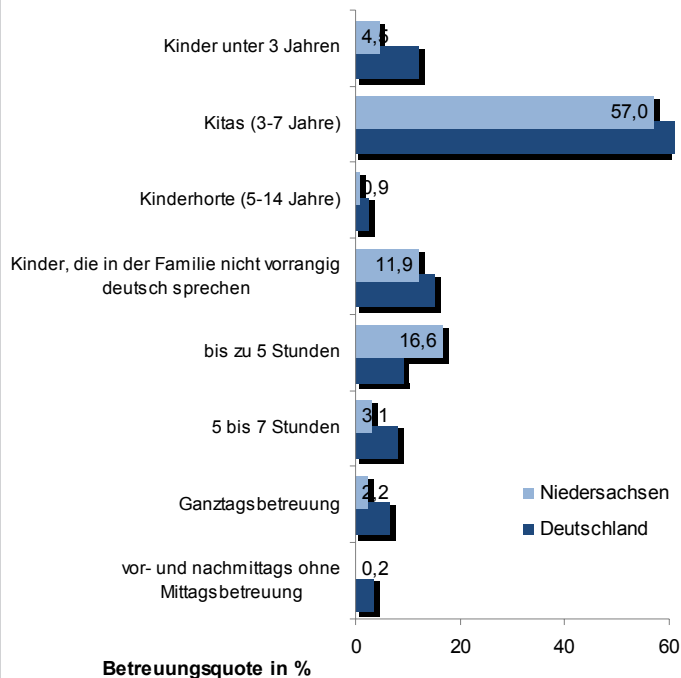
- Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in Einrichtungen bei 4,5%
- Versorgungsquote in Kitas bei 57%-  
Versorgungsquote bei Hortplätzen unter 1%
- Ganztagsbetreuung: 2,2%
- Unterdurchschnittliche Betreuungsquote bei fremdsprachigen Kindern

### Frauenerwerbsquote 2005



Quelle: StaBuA

### Betreuungsquoten in Einrichtungen 15.03.2006



Quelle: StaBuA, Bev. Stand 31.05.2005

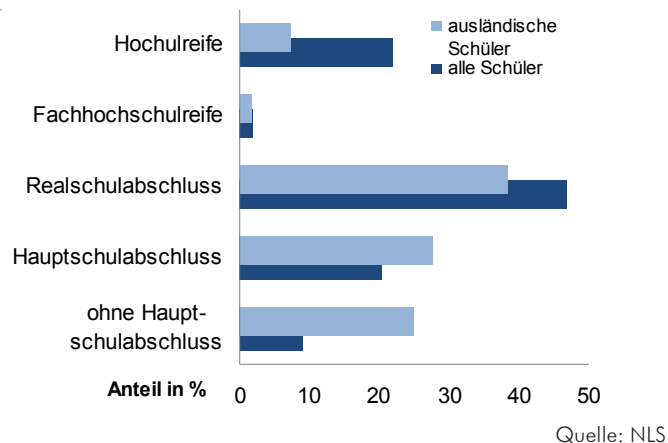
### Selektives Bildungssystem

- Knapp 10% aller Schüler verlassen Schule ohne Abschluss
- Deutlich niedrigere Bildungsbeteiligung ausländischer Schüler
- Unzureichende Förderung benachteiligter Kinder
- Überproportional viele ausländische Schüler in Warteschleifen
- Erwarteter Schülerrückgang an Hauptschulen bis 2020: -30%
- Zunahme an Förderschulen zwischen 2000 und 2005 um 9%

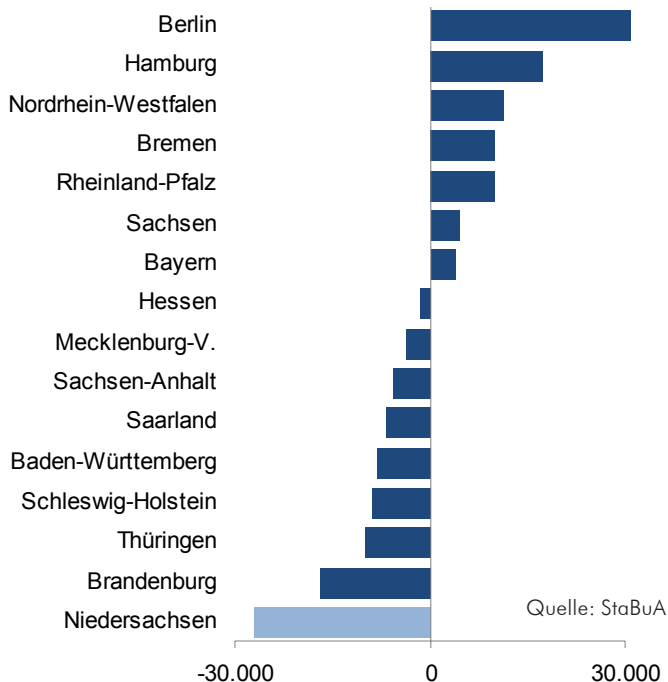
### Abwanderung von Studierenden

- Rückgang der Studienanfänger seit 2004 um über 20%
- Hohe negative Wanderungsbilanz von Studierenden, 2005 knapp 27.000

### Schulabschlüsse 2005 in Niedersachsen



### Studierendensaldo 2005



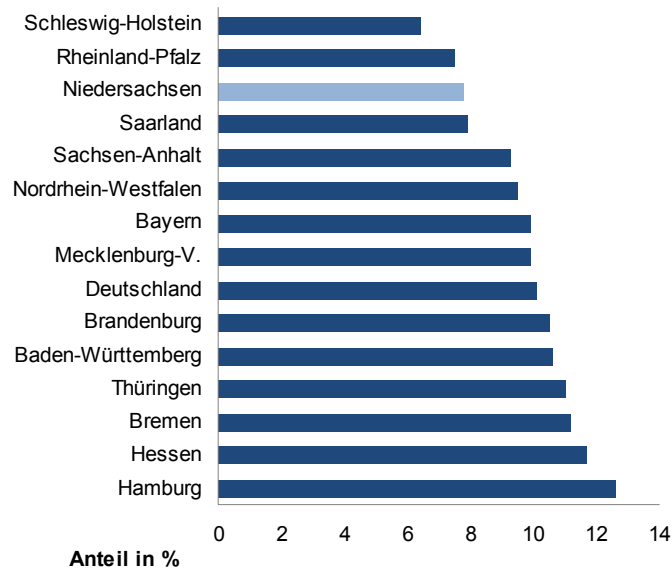
### Strukturelle Innovationschwäche

- Unterdurchschnittliche Forschungs- und Entwicklungs- (FuE) Kapazitäten in Niedersachsen mit starker Fokussierung auf Automobilbau
- Niedrige Beschäftigtenanteile mit (Fach)Hochschulabschluss

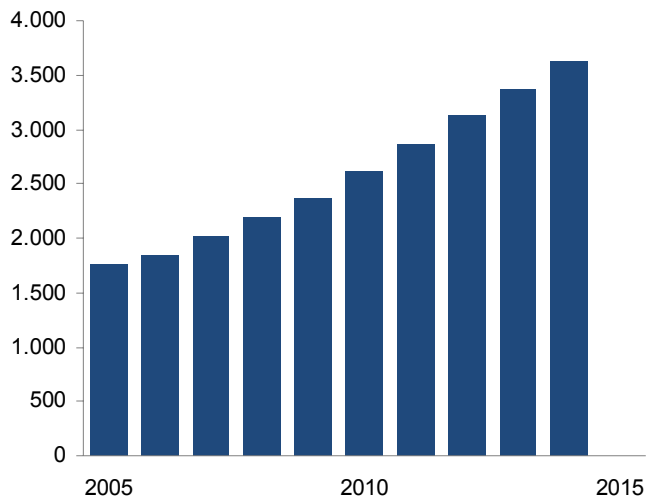
### Stark wachsende Zahl älterer Menschen mit geistiger Behinderung

- Zahl der Menschen mit geistiger Behinderung im Rentenalter verdoppelt sich bis 2015
- Platzbedarf in stationären Wohnheimen wird sich bis 2030 verdoppeln
- Zahl der über 60-Jährigen in stationären Wohnheimen wird sich bis 2030 verfünffachen

### Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit (Fach)-Hochschulabschluss 2005



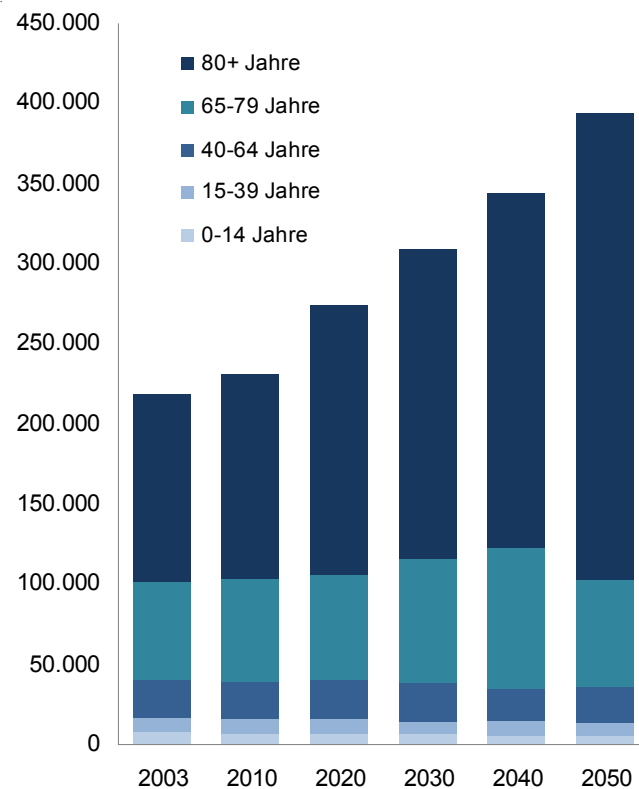
### Menschen mit geistiger Behinderung über 60 Jahren in Niedersachsen



### Stark wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen

- Bis 2020 Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Menschen um rund 30%
- Bis 2050 Verdopplung der Zahl pflegebedürftiger Menschen
- Schlusslicht bei der geriatrischen Versorgung (Ausbildung, Weiterbildung, Bettenstruktur)

### Entwicklung pflegebedürftiger Menschen in Niedersachsen bis 2050



Quelle: MS Niedersachsen



## Stellenwert des Demographischen Wandels

Der demographische Wandel beschreibt die Veränderungen in unserer Gesellschaft, die durch eine steigende Lebenserwartung älter, durch eine niedrige Geburtenhäufigkeit weniger und durch Zuwanderung internationaler wird. Die Auswirkungen der demographischen Veränderungen sind erst in den letzten Jahren richtig sichtbar geworden. Die demographischen Veränderungen fallen in eine Zeit, in der sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durch Globalisierung und wirtschaftsstrukturellen Wandel verändert haben. Diese Entwicklungen werden durch den demographischen Wandel zwar nicht verursacht, aber die daraus resultierenden Probleme zusätzlich verschärft.

So führen die demographischen Veränderungen z.B. zu Finanzierungsproblemen bei den sozialen Sicherungssystemen, weil sie nicht auf diese Veränderungen eingestellt sind.

Der demographische Wandel ist ein Thema, das gesellschaftlich spaltet und polarisiert. Die unterschiedlichen Einschätzungen zur politischen Relevanz dieses Themas sind vor allem darauf zurückzuführen, dass der so genannte Demographische Wandel seit rund 30 Jahren im Gange ist, aber erst in den letzten Jahren breite öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Mittlerweile ist das Thema in der öffentlichen Berichterstattung so präsent, dass es gesellschaftliche Diskussionsprozesse auszulösen beginnt, die über rein demographische Aspekte hinausgehen. Dementsprechend wird der demographische Wandel in der öffentlichen Diskussion meist sehr verkürzt als Problem, Generationenkonflikt oder bestenfalls Herausforderung dargestellt, die oft in Horrorszenarien münden. Antworten, die mit pauschalen Maßnahmen der Einsparung, Leistungskürzung, Deregulierung, mehr individueller Verantwortung und staatlichem Rückzug reagieren, sind aber zu kurz gedacht.

Lässt man diese verkürzte und neoliberal geprägte Perspektive jedoch beiseite, ist der demographische Wandel nicht nur eine wichtige gesellschaftliche Herausforderung, sondern vor allem auch eine große Chance für eine gesellschaftliche Erneuerung zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Die gesellschaftliche Diskussion und auch die Entwicklung von Handlungsempfehlungen müssen eingebettet sein in sehr viel grundsätzlichere Überlegungen, die der Frage nachgehen, in welcher Gesellschaft wir künftig leben wollen, statt nur zu diskutieren, welche notwendigen quantitativen Anpassungen an veränderte Bevölkerungszahlen notwendig werden.

Dazu gehören Antworten auf die Fragen, welche künftige Bedeutung der Staat in der Gesellschaft haben soll, wie gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen unseres Landes gesichert werden können, wie allen Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Herkunft oder ihrer

Leistungsfähigkeit eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährt werden kann und wie wir Innovationen und qualitatives Wachstum generieren können, um im globalisierten Wettbewerb eine soziale und gerechte Gesellschaft zu erhalten.

Die nachfolgenden Empfehlungen sollen als Bausteine in einem kontinuierlichen Prozess der gesellschaftlichen Erneuerung für Niedersachsen verstanden werden, die permanent weiterzuentwickeln sind.

## Eckpunkte einer zukunftsgerechten Landespolitik

Während Politik und Verwaltung heute noch immer stark fachspezifisch organisiert und ausgerichtet sind, verlangen die demographischen Herausforderungen einen sehr viel stärker integrierten Ansatz. Daher bilden folgende übergreifende und grundlegende Empfehlungen die Kulisse für alle weiteren detaillierten Handlungsansätze zur Bewältigung der demographischen Herausforderungen in Niedersachsen.

### **Visionen entwickeln, Orientierung geben, Integrativ Denken und Handeln**

Eine auf Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes und Berücksichtigung der demographischen Veränderungen ausgerichtete Politik benötigt eine längerfristige Perspektive. Auch wenn einige längerfristige Entwicklungen heute noch nicht absehbar sind, kommt Politik dennoch nicht ohne grundlegende Vorstellungen zu künftigen Entwicklungen und Zukunftsvisionen aus, die Orientierung für alltägliches politisches Handeln bieten.

Die Komplexität der Herausforderungen erfordert integrative, politikfeldübergreifende Lösungen. Die notwendige Verzahnung der vorhandenen Fachpolitiken und die Verfolgung längerfristiger Strategien lassen sich aber nur bewältigen, wenn die Herausforderungen des demographischen Wandels einen politisch hohen Stellenwert erlangen und zur Daueraufgabe werden.

### **Den demographischen Wandel als Chance für Niedersachsen begreifen**

Der demographische Wandel ist keine Gefahr oder Katastrophe, sondern eine politische Gestaltungsaufgabe. Er muss als Chance zur gesellschaftlichen Erneuerung begriffen werden. Aufgabe der Politik ist es, diese Chance zu ergreifen und die Veränderungen aktiv zu gestalten. Dazu ist eine Akzeptanz der demographischen Realitäten erforderlich.

Schrumpfungsprozesse bieten vor allem Chancen eines qualitativen Wachstums und lassen sich nicht mit herkömmlichen Wachstumsstrategien bewältigen. Diese Erkenntnis erfordert Veränderungen in den Köpfen, kontinuierliche Aufklärung und Sensibilisierung für die Folgen der demographischen Veränderungen.

Kein anderes Bundesland weist eine regional so unterschiedliche demographische Entwicklung auf. In keinem Bundesland sind die Anforderungen zum Erhalt des solidarischen regionalen Zusammenhalts so groß wie in Niedersachsen.

Niedersachsen kann für die Bewältigung des strukturellen und demographischen Wandels unter Bedingungen extremer Ungleichheiten in den Regionen eine Vorreiterrolle einnehmen.

### **Politik an der Lebenswirklichkeit der Menschen ausrichten**

Eine zukunftsfähige und an den demographischen Veränderungen orientierte Politik muss sich auf die gesellschaftlichen Realitäten einer immer stärker pluralisierten Gesellschaft einstellen. Diese Veränderungen müssen von der Politik zur Kenntnis genommen werden und Richtschnur für politisches Handeln sein.

Vorhandene Strukturen sind zu hinterfragen. Aus Gründen der Ressourceneffizienz und Funktionalität sind administrative und organisatorische Strukturen in erster Linie an inhaltliche Ziele und Aufgaben anzupassen.

### **Gesellschaftliche Aufgaben neu definieren und verteilen**

Vor dem Hintergrund des wirtschaftsstrukturellen Wandels, der Globalisierung und der demographischen Veränderungen ist dringend eine gesellschaftliche und politische Debatte über die künftige Verteilung von Verantwortung erforderlich. Es gilt insbesondere zu definieren, welche zentralen Aufgaben der Staat künftig wahrnehmen soll und wie diese angemessen und gerecht finanziert werden sollen bzw. welches Anspruchsniveau dabei angestrebt wird.

Außerdem ist möglichst verbindlich zu klären, welche konkreten Beiträge die Wirtschaft künftig zur Sicherung des Allgemeinwohls und der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beisteuert.

Eine weitere wichtige Schnittstelle bei der Diskussion über die künftige gesellschaftliche Aufgabenverteilung ist der angestrebte Umfang privater Verantwortung und der Individualisierung von Vorsorge, Fürsorge und Teilhabe. Dazu gehört auch die Abgrenzung zwischen öffentlichen Aufgaben und dem freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement.

### **Für einen fairen gesellschaftlichen Ausgleich sorgen**

Mit dem altersstrukturellen Wandel stößt das bisherige System der sozialen Sicherungssysteme und -strukturen an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Es wird zu einer der wichtigsten künftigen Aufgaben gehören, diese Systeme zukunftsfest zu machen.

Der oft beschworene Generationenkonflikt ist dabei weniger entscheidend, weil die Fragen der Verteilungsgerechtigkeit quer durch die Gesellschaft und damit durch alle Altersgruppen gehen werden. Es gibt nicht die Pole »Alt gegen Jung«, sondern »Arm gegen Reich«.

## **Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen**

Eine der wichtigsten politischen Gestaltungsaufgaben der Zukunft wird es sein, die gesellschaftlichen Teilhabechancen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe dürfen nicht vom Einkommen, sozialer und ethnischer Herkunft oder dem Grad der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit abhängen.

Dabei geht es nicht um ein Anstreben von Gleichheit, sondern um die Gewährleistung gleicher Zukunftschancen sowie eines gleichberechtigten Zugangs zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle. Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe bedeuten auch, dass die Prioritäten von der Nachsorge sehr viel stärker auf die Vorsorge gelenkt werden. Die beste Grundlage für eine eigenverantwortliche Lebensführung ist der Zugang zu guter Bildung und individueller Förderung für alle.

## Kinder und Familien stärken

Ein nachhaltige und zukunftsfähige Familienpolitik muss als Lebenslaufpolitik ausgestaltet werden, die im Rahmen eines immer längeren Lebens die klassische Dreiteilung des Lebenslaufes in Kindheit und Jugend als Bildungsphase, das Erwachsenenalter als Berufs- und Familienphase und das Rentenalter als Ruhephase überwindet<sup>1</sup>. Lebensaufgaben sollten so verteilt werden, dass es nicht in einigen Phasen zur Überforderung und in anderen zur Passivität und gesellschaftlichem Rückzug kommt. Die Kumulation von Ausbildung, beruflicher Entwicklung und Familiengründung verbunden mit hohen persönlichen Risiken, sinkender Absicherung und erhöhtem Armutsrisiko in der Lebensphase zwischen 20 und 40 Jahren, der so genannten »Rushhour des Lebens«, muss durch geeignete Maßnahmen entzerrt werden.

Die Stärkung von Familien und Kindern wird häufig nur unter dem Gesichtspunkt der Kinderbetreuung diskutiert. Dabei wird oft vergessen, dass die Entscheidung für oder gegen Kinder am Anfang der Diskussion steht. Der Staat kann bei dieser Entscheidung Einfluss auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nehmen. Damit sollen vorhandene Kinderwünsche leichter umgesetzt werden können.

## Familienbild modernisieren und Familien stärken

Familien müssen künftig eine höhere gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit erfahren. Angestrebt werden muss eine Kultur, die familiäre Leistungen gesellschaftlich und materiell angemessen anerkennt. Von zentraler Bedeutung ist dabei ein moderner und an die gesellschaftlichen Realitäten angepasster Familienbegriff. Danach ist Familie dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten.

Familien müssen frühzeitig und bedarfsgerecht unterstützt werden. Dazu ist eine wohnortnahe Bündelung von Einrichtungen, Diensten, Beratung und Unterstützung rund um die Familie in Kinder- und Familienzentren flächendeckend auf- und auszubauen. Für Angebote speziellerer Art, die nicht vor Ort vorgehalten werden können, fungieren diese Zentren als kompetente Anlaufstellen.

---

<sup>1</sup> 7. Familienbericht der Bundesregierung 2006

Die Unterstützung für Eltern soll sich auf den gesamten Bereich familiärer Aufgaben erstrecken. Dazu gehören neben niedrigschwelligen Angeboten zur Unterstützung in den frühen Lebensjahren der Kinder auch Beratung und Unterstützung zu Fragen der Pflege von Angehörigen oder der Betreuung von Kindern mit Behinderungen.

## **Vereinbarkeit von Familie und Beruf herstellen**

Zu einer besseren Unterstützung von Familien gehören Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere verbessern. Dazu gehören neben finanzieller Unterstützung der nachfragegerechte Ausbau der Betreuungsinfrastruktur sowie die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen durch die Unternehmen.

## **Umfassende Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr sicherstellen**

Wichtiger Beitrag zu einer umfassenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Sicherstellung einer Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr. Dazu gehört ein Rechtsanspruch auf einen ganztägigen kostenlosen Krippen- oder Kindergartenplatz ab dem 1. Lebensjahr.

Neben dem quantitativen Ausbau ist eine umfassende und individuelle frühkindliche Förderung sicherzustellen. Dazu muss die frühe Betreuung und Bildung der Kleinsten einem klaren Bildungs- und Förderungsauftrag folgen. Dieser Anspruch erfordert eine entsprechende Ausbildung und Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher.

## **Flexible Betreuung und Förderungen für alle Kinder**

Neben dem Rechtsanspruch auf Betreuung müssen sich die Betreuungszeiten nach den Bedürfnissen der berufstätigen Eltern richten. Es ist anzustreben, dass künftig alle Kinder eine Kindertagesstätte besuchen, weil dort stärker als bisher Bildungs- und Integrationsaufgaben wahrgenommen werden sollen.

Um dies gewährleisten zu können, ist die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften entsprechend anzupassen.

## **Familienfreundliche Arbeitswelt gestalten**

Neben Verbesserungen bei der Kinderbetreuung sind Veränderungen in der Arbeitswelt notwendig, um künftig eine Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere zu verwirklichen. Dabei schließt

ein umfassendes Verständnis der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Pflege von Angehörigen mit ein.

Eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere bezieht explizit auch Männer und ihre Rolle als Erziehende und Pflegende mit ein. Dazu gehört, dass neben der öffentlichen Infrastruktur auch für Unternehmen mehr betriebliches Engagement bei Fragen der Kinderbetreuung und Pflege Angehöriger selbstverständlicher Bestandteil einer aktiven Personalpolitik werden muss. Kernelement dabei sind familiengerechte Arbeitszeiten.

Viele der angeführten Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur Schaffung einer familienfreundlichen Arbeitswelt fallen nicht nur in den Aufgabenbereich der Landespolitik. Hier sind in erster Linie die Sozialpartner angesprochen. Dazu gehört z.B. auch die Abkehr vom Trend zu befristeten Arbeitsverhältnissen, die insbesondere jüngere Menschen betreffen und somit kaum eine Lebens- und Familienplanung ermöglichen.

Bei Diskussionen und Vereinbarungen zur Arbeitszeitflexibilisierung müssen die Akzente künftig zu einer arbeitnehmer- und damit familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung verschoben werden.

Unternehmen sollten Vereinbarungen zu einer eltern- und pflegegerechten Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die Möglichkeiten für Fehlzeiten bei Krankheit der Kinder oder besonders belastender Pflegesituationen zum selbstverständlichen Bestandteil der unternehmerischen Kultur machen.

Insgesamt muss der derzeitige Trend zu unsicheren und sozial nicht abgesicherten Arbeitsverhältnissen wieder umgekehrt werden, damit eine gesicherte Lebensperspektive auch wieder mehr Mut zu einer Entscheidung für Kinder macht.

## **Lebensarbeitszeit flexibilisieren und entzerren**

In einer Gesellschaft des langen Lebens müssen Möglichkeiten geschaffen werden, bestimmte Lebensphasen mit einer hohen Anforderungsdichte zu entzerren. Insbesondere in der so genannten ›Rushhour des Lebens‹ sind Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es jungen Menschen ermöglichen, in dieser Phase einen temporären Rückzug aus dem Arbeitsleben vorzunehmen, ohne dass dies das gesellschaftliche Ansehen oder die Stellung im Betrieb beeinträchtigt. Dazu gehören z.B. verbesserte Rückkehrmöglichkeiten in den Beruf nach Erziehungspausen, die Erleichterung von Teilzeitbeschäftigung und temporären Arbeitszeitverkürzungen. Zusätzlich geht es um die stärkere Anerkennung der Kompetenzen von Eltern.

## Gleiche Bildungschancen für alle

### Zentralen Stellenwert von Bildung erkennen

Die demographischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen machen Bildung stärker als bisher zu dem Schlüssel für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Niedersachsens. Gute Bildung wird künftig die Chancen auf den Arbeitsmärkten stärker bestimmen als bisher. Bildungspolitik wird zum wichtigsten Bestandteil einer vorsorgenden und zukunftsfähigen Sozial- und Gesundheitspolitik. Die strategische Bedeutung von Bildung muss als zentrale Zukunftsaufgabe begriffen und im politischen Handeln nachhaltig verankert werden.

An ein zukunftsfähiges Bildungssystem sind folgende grundsätzliche Anforderungen zu stellen:

- Bildung muss das Fundament für eine nachhaltige Sicherung von Wohlstand und Wachstum in einer zunehmend wissensbasierten Ökonomie und Gesellschaft sein.
- Bildung muss allen unabhängig von Herkunft oder sozialem Status gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Der Zugang zu Bildung darf nicht eingeschränkt werden.
- Bildung muss einen wesentlichen Beitrag zur Integration, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Verständigung der Kulturen leisten.

### Bildungschancen für alle verwirklichen und lebensbegleitend organisieren

Ein zukunftsfähiges Bildungssystem muss sich an den demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen, wissenschaftlichen sowie pädagogischen Erkenntnissen und internationalen Erfahrungen und Maßstäben orientieren.

Allen Kindern muss ungeachtet ihrer sozialen Herkunft die bestmögliche Bildungschance gewährt werden. Dies ist nicht nur sozial gerecht, sondern ein Menschenrecht. Es ist daneben auch grundlegende Notwendigkeit zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Niedersachsens im wachsenden Wettbewerb auf dem Weg in die Wissensgesellschaft.

Das Bildungssystem muss dem Umstand Rechnung tragen, dass sich Kinder zeitlich unterschiedlich entwickeln und eine Durchlässigkeit aufweisen, die sowohl Früh- als auch Spätentwicklern gerecht wird und nicht zu früh aufteilt. Neben der individuellen Förderung im Schulsystem sollte möglichst vielen Menschen der Zugang zu den Hochschulen ermöglicht werden.

Lebens- und Arbeitsbedingungen verändern sich in immer rasanterem Tempo. Lernen muss in einem ganzheitlich strukturierten System gelehrt und zu einem lebenslangen Prozess werden, der nicht nach der Erstausbildung weitgehend beendet ist. Die Verantwortung für die Umsetzung des lebensbegleitenden Lernens darf nicht nur in die Verantwortung des Einzelnen fallen, sondern bedarf staatlicher Unterstützung und Förderung durch die Wirtschaft und der Sozialpartner.

### **Schulsystem anpassen und modernisieren**

Das gegliederte Schulsystem ist den Herausforderungen einer zukunftsfähigen Bildungslandschaft nicht mehr gewachsen. Die frühzeitige Aufteilung und die daraus folgende starke Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen oder ethnischen Herkunft muss aufgelöst werden. Ziel ist eine individuelle Förderung jedes Kindes. Dazu ist eine flexiblere Schulstruktur mit mehr Durchlässigkeit und langer gemeinsamer Schulzeit notwendig.

Erforderlich sind mehr Modularisierung und Schwerpunktbildung in leistungsfähigen Schulen mit internen differenzierten Bildungs- und Förderungsangeboten.

- Wichtige Komponente einer individuellen Förderung von Kindern ist die kindgerechte Flexibilisierung des Übergangs in die Grundschule, bei dem sich der Zeitpunkt der Einschulung an den Voraussetzungen der Kinder und nicht an deren Lebensalter richtet. Dazu sind die Übergänge in der Grundschule flexibler zu gestalten.
- Eine gemeinsame Beschulung in der Sekundarstufe I mit intern stark differenzierten Bildungs- und Förderungsangeboten, die sowohl starken als auch schwachen Schülern zum individuell bestmöglichen Bildungserfolg verhelfen.
- Flächendeckende Ganztagschulen für alle Altersstufen
- Eine bestmögliche Integration von Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen, um durch gemeinsame Beschulung individuelle Potenziale auszuschöpfen und Verständnis und Toleranz zu fördern.
- Nutzung der gemeinsamen Beschulung für eine verbesserte Integration von Kindern mit Migrationshintergrund

Insbesondere in ländlichen Bereichen mit stark rückläufigen Schülerzahlen ermöglichen gemeinsame Schulen darüber hinaus den Erhalt wohnortnaher und leistungsfähiger Schulstandorte.

### **Lehrerbildung modernisieren**

Veränderte Ziele und Inhalte im Bildungssystem erfordern eine andere Ausbildung der Lehrkräfte. Bildungsziele und Kompetenzen der Lehrkräfte müssen aufeinander abgestimmt werden. Die Lehr-

amtsausbildung muss daher inhaltlich und konzeptionell modernisiert werden, um Lehrerinnen und Lehrer zu befähigen, das Konzept des individuellen Förderns und Förderns umzusetzen. Lehrkräfte müssen zukünftig mit differenzierten Konzepten und Vermittlungsformen sowie hoher Diagnosefähigkeit in einer heterogenen Schülerschaft unterrichten können.

### **Berufliches Bildungssystem ausbauen**

Das System der beruflichen Bildung muss an die gewandelte gesellschaftliche Situation und die Anforderungen der Arbeitsmärkte angepasst werden. Die Stärken des »Dualen Systems« sind weiterzuentwickeln und als wichtiges Standbein der beruflichen Ausbildung zu sichern.

Die demographischen Veränderungen verlangen grundsätzlich mehr höhere allgemein bildende Abschlüsse. Kurz- bis mittelfristig muss jedoch das System der beruflichen Bildung die berufliche Qualifikation einer hohen Zahl Jugendlicher sicherstellen, die zur Zeit noch unversorgt sind. Grund sind bisher fehlende Ausbildungsplätze oder nicht ausreichende schulische Ausbildung.

Die in den nächsten Jahren in die Ausbildung wachsenden Kinder der geburtenstarken Jahrgänge sind die letzte zahlenmäßig stark besetzte Alterskohorte. Sollte es nicht gelingen, diese Jahrgänge umfassend und nachfragegerecht zu qualifizieren, wird nicht nur der künftig erwartete Fachkräftemangel noch höher ausfallen, sondern die betroffenen Jugendlichen werden ohne berufliche Perspektive in die Arbeitslosigkeit entlassen.

### **Für die Wissensgesellschaft fit machen**

In der zunehmend globalisierten Welt wird durch den internationalen Wettbewerb die Konkurrenzfähigkeit für gering qualifizierte Tätigkeiten an Hochlohnstandorten wie Deutschland und Niedersachsen abnehmen. Zentrale Aufgabe zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit und auch des Wohlstands in Niedersachsen ist eine Qualifikationsoffensive, die die Menschen auf die Anforderungen einer immer stärker wissensbasierten Arbeitswelt vorbereitet. Sie muss bei der frühkindlichen Förderung ansetzen und bis zur Weiterbildung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer reichen.

Kernaufgabe ist der Ausbau des Hochschulangebotes, der möglichst vielen Menschen eine Hochschulausbildung verschafft. Von der Steigerung hochqualifizierter Beschäftigung werden am Ende auch die Beschäftigungsmöglichkeiten für weniger qualifizierte Beschäftigte abhängen, weil sie in starkem Maß an das Vorhandensein innovativer Strukturen gekoppelt sind.

Das bedeutet, das Hochschulangebot muss quantitativ und qualitativ erweitert werden. Der Zu-

gang zu den Hochschulen muss für alle – unabhängig vom eigenen oder elterlichen Einkommen – erleichtert werden.

Da sich Niedersachsen in einer vergleichsweise schlechten Ausgangsposition im Wettbewerb um Studenten befindet, muss Hochschulpolitik zu einer der zentralen Aufgaben für Landespolitik werden. Im föderalen Wettbewerb kann Niedersachsen nur bestehen, wenn Hochschulpolitik als strategische Aufgabe künftig mit höchster Priorität konsequent verfolgt wird.

Dazu sind mehr Investitionen in den Ausbau der Hochschulen zur Schaffung von deutlich mehr Studienplätzen notwendig. Diese Maßnahmen zum Ausbau der Hochschulen und deutlichen Steigerung der Studienplatzzahlen müssen sofort in Angriff genommen werden, weil schon in den nächsten Jahren die letzten stark besetzten Jahrgänge in das Einstiegsalter für eine Hochschulausbildung kommen. Gelingt es nicht, diese Qualifikationspotenziale durch einen Ausbau des Angebots zu nutzen, wird die Innovationsschwäche des Landes auf lange Zeit nachhaltig verfestigt.

Die Zugangsbarrieren zu den Hochschulen sind abzubauen. Neben mehr Studienplätzen ist der Zugang zu den Hochschulen entscheidender Stellhebel zur Erhöhung der Bildungsbeteiligung. Dazu ist es notwendig, die Studiengebühren für das Erststudium abzuschaffen.

## Erwerbspotenziale ausschöpfen

Grundsätzlich verfolgt die Vision einer zukunftsfähigen, solidarischen und gerechten Gesellschaft den Anspruch, allen Menschen Erwerbsmöglichkeiten zu bieten, die ihnen die Chance auf eine selbst bestimmte Lebensführung durch ein erarbeitetes Einkommen geben.

Dies setzt aber voraus, dass es ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten für alle gibt. Angesichts einer seit Jahren hohen strukturellen Arbeitslosigkeit ist nicht auszuschließen, dass künftig das erwerbsarbeitszeitzentrierte Gesellschaftsmodell mangels ausreichender Erwerbsmöglichkeiten in die Diskussion gerät und neue Wege erforderlich werden, Arbeit in ihren verschiedenen Funktionen gesellschaftlich neu zu definieren, zu bewerten und zu verteilen.

Derzeit gibt es auch bei zurückgehender Arbeitslosigkeit immer noch zu wenig verfügbare Arbeitsplätze. Gleichzeitig herrscht in bestimmten Bereichen schon jetzt ein Fachkräftemangel. Hinzu kommt, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte weiterhin abnehmen werden.

Die folgenden Empfehlungen beschränken sich auf die klassischen Ansätze zur Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials auf Basis des erwerbsarbeitszeitzentrierten Gesellschaftsmodells.

## Qualifikationspotenziale nutzen

Der internationale Wettbewerb und die Anforderungen einer zunehmend wissensbasierten Arbeitswelt erfordern, dass alle Qualifikationspotenziale der Bevölkerung bestmöglich genutzt werden. Mit der Qualität der individuellen Bildung und Ausbildung steigen die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe des Einzelnen.

Angesichts des mittelfristigen Rückgangs der Zahl der Erwerbspersonen und der weiteren Verschiebung der Arbeitskräftenachfrage von unqualifizierten zu qualifizierten Fachkräften, ist die Qualifikation der Beschäftigten auf allen Ebenen das beste Mittel zur künftigen Sicherung von Beschäftigung. Dazu gehören:

- besondere Qualifikationsanstrengungen für bildungsferne Schichten,
- die Einführung von Programmen zur Nachqualifikation junger Menschen, um insbesondere die Potenziale dieser noch starken Alterskohorte für die Zukunft zu nutzen,
- der Erhalt des Innovationspotenzials älterer Beschäftigter durch Förderung der Aus- und Weiterbildung (lebensbegleitendes Lernen).

Als Instrument einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ist die Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung weiterzuentwickeln. Dadurch können eine neue Kultur der Weiterbildung etabliert und Übergänge zwischen den Lebensphasen besser abgesichert werden. Dazu gehören u.a. ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung, Verzahnung von Qualifizierungsangeboten und die Einrichtung von Lernzeitkonten.

## **Erwerbspotenziale besser erschließen ...**

Die unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung von Frauen, älteren Menschen, Jugendlichen sowie Menschen mit Migrationshintergrund muss erhöht werden.

### **... von Frauen**

Wichtige gesellschaftliche Aufgabe ist, das Potenzial an gut ausgebildeten Frauen besser als bisher zu nutzen und den Rückstand gegenüber anderen europäischen Ländern in diesem Bereich aufzuholen. Eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen lässt sich neben Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (siehe »familienfreundliche Arbeitswelt«) vor allem durch den Abbau von Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt und durch die vollständige gesellschaftliche Gleichstellung von Männern und Frauen erreichen. Dazu gehört gleicher Lohn für gleiche Arbeit genauso wie der Abbau von Diskriminierungen im Berufsleben.

Zusätzlich sollten Mädchen und Frauen durch gezieltes Werben für naturwissenschaftlich und technisch orientierte Berufe dazu motiviert werden, stärker als bisher in männerdominierte Berufswelten einzusteigen.

### **... von älteren Menschen**

Angesichts der Realitäten am Arbeitsmarkt und der Situation der sozialen Sicherungssysteme ist die Frage der künftigen Erwerbsperspektiven älterer Arbeitnehmer von zentraler Bedeutung. Ihnen muss die Erwerbsmöglichkeit bis zum Erreichen des Rentenalters gegeben werden. Für die Landespolitik gilt es hier zu überprüfen, welche Beiträge sie dazu leisten kann, indem zum Beispiel gesundheitliche Aufklärung und Prävention in den Betrieben gefördert werden. Personalentwicklungskonzepte müssen langfristig unter dem Gesichtspunkt alternder Belegschaften entwickelt werden und ergänzende Programme zur Beschäftigungsförderung älterer Menschen aufgelegt werden.

### **... von jüngeren Menschen**

Allen jungen Menschen muss eine Ausbildung und der Einstieg ins Berufsleben ermöglicht werden. Gelingt dies nicht, wird sich der erwartete Mangel an qualifizierten Fachkräften künftig zusätzlich verstärken. Neben einer besser qualifizierten Beratung über Berufsperspektiven und Berufseinstieg müssen Maßnahmen in erster Linie auf eine Verbesserung der Situation am Ausbildungsmarkt abzielen.

Das System der Dualen Ausbildung ist zu stärken, indem gestufte berufsbildende Abschlüsse und stärker modular aufgebaute Berufsbilder eingeführt werden. Der Erwerb von anrechenbaren Vorqualifikationen in der beruflichen Ausbildung, insbesondere in den Berufsbildenden Schulen, kann zur Attraktivitätssteigerung beitragen.

Darüber hinaus muss das Ausbildungsplatzangebot in den nächsten Jahren massiv erhöht werden. Um Betriebe, die nicht ausbilden, an den Kosten zu beteiligen, sind Kammerprüfungsgebühren auf eine Kammerumlage umzustellen. Direkte Hilfen für kleine Betriebe, die im Verbund ausbilden, sollen eingeführt werden.

Neben dem Einfordern einer stärkeren gesellschaftlichen Verantwortung der Wirtschaft bei der beruflichen Ausbildung sind auch zusätzliche branchenbezogene Instrumente zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze eine Möglichkeit zur Förderung von Ausbildung.

Da der Bedarf an Ausbildungsplätzen in den nächsten Jahren voraussichtlich aber nicht ausreichend gedeckt werden kann, können auch weitergehende Maßnahmen notwendig werden, wie die Einführung von vollzeitschulischen Ausbildungen mit Kammerprüfungen und ein Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz.

### **... von Migrantinnen und Migranten**

Langfristig lassen sich die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Migrationshintergrund nur durch bessere Integration und Qualifikation sowie den Abbau von Benachteiligung erhöhen. Dazu gehört die bessere Anerkennung von ausländischen Studienleistungen. Hilfen für Jugendliche, die über unzureichende schulische Voraussetzungen verfügen, sollten zielgruppenspezifisch eingesetzt werden. Dazu zählen zielgruppenorientierte Programme zur Nachqualifizierung oder Maßnahmen mit interkultureller Ausrichtung.

Potenzial bieten die gezielte Ansprache und Motivation von Betriebsinhabern, die ebenfalls einen Migrationshintergrund aufweisen und sich bisher ausbildungsabstinent verhalten.

### **... von Menschen mit Behinderungen**

Wichtigster Beitrag für eine eigenständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist eine möglichst weit reichende integrative Beschulung von Kindern mit und ohne Einschränkungen, die eine bessere Ausschöpfung individueller Potenziale ermöglicht und damit den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erleichtert (siehe »Schulsystem anpassen und modernisieren«). Neben der verbesserten Qualifikation von Menschen mit Behinderungen sind Rahmenbedingungen für eine stärkere Integration im ersten Arbeitsmarkt zu verbessern. Dazu gehören die Stärkung der Integrationsfachdienste und die Erhöhung der Schwerbehindertenquoten in den Betrieben.

### **... von Erwerbslosen**

Angesichts eines heute und auch künftig voraussichtlich hohen Sockels von struktureller Arbeitslosigkeit sind Maßnahmen erforderlich, dieses Potenzial für den Arbeitsmarkt künftig stärker zu erschließen. Auch wenn prinzipiell das Ziel verfolgt werden sollte, über Qualifikationsmaßnahmen Zugänge zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, ist absehbar, dass dies nicht für alle Betroffenen möglich sein wird. Es sind daher Lösungen zu entwickeln, mit denen ein sozialer Arbeitsmarkt so organisiert werden kann, dass er Menschen ohne Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt Einkommensmöglichkeiten bietet, die ihnen die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe eröffnen.

## Integration leben

Politik muss die Tatsache anerkennen, dass mittlerweile jeder fünfte Einwohner Niedersachsens einen Migrationshintergrund aufweist und dieser Anteil zukünftig noch steigen wird. Demzufolge ist Integrationspolitik als politische Querschnittsaufgabe zu gestalten. Voraussetzung für eine gute Integration ist der weitere Abbau von verschiedenen Formen ethnischer Diskriminierung. Außerdem sind Hemmnisse zu beseitigen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit Migrationshintergrund erschweren.

### **Internationalisierung der Gesellschaft anerkennen**

Die Chancen und Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund sollen gezielt gefördert und positiv für die Entwicklung des Landes genutzt werden. Dazu gehört auch eine bedarfsgerechte Beratung und Unterstützung für Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere in Bildungsfragen.

Die Instrumentalisierung und Stigmatisierung von Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund sowie anderer Glaubensrichtungen muss in der politischen Auseinandersetzung abgebaut werden. Hierzu gehört die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und immer stärker werdender rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Tendenzen unter anderem durch einen intensiveren interkulturellen und interreligiösen Dialog.

### **Potenziale von Migrantinnen und Migranten erkennen und fördern**

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Niedersachsens im föderalen und europäischen Wettbewerb muss das Land seine Akzeptanz für Menschen mit Migrationshintergrund und seine Offenheit für Zuwanderer steigern und dies im Alltag unter Beweis stellen.

Dazu gehören eine Verbesserung des Bleiberechtes für junge Menschen, eine stärkere Verankerung von Menschen mit Migrationshintergrund in der ehrenamtlichen Arbeit und eine Förderung von interkultureller Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Jugendarbeit.

## Wirtschaftsstandort stärken

Grundlage zur Sicherung von Wohlstand und sozialem Frieden in Niedersachsen ist eine positive Entwicklung der niedersächsischen Wirtschaft. Aus demographischer Perspektive ist die Steigerung der Attraktivität des Landes vor dem Hintergrund des zunehmenden Wettbewerbs um qualifizierte Arbeitskräfte notwendig. Ebenso sollte die niedersächsische Wirtschaft bei der Erschließung zukunftsfähiger Märkte und Marktsegmente, die durch den demographischen Wandel entstehen werden, unterstützt werden.

### Innovative Strukturen fördern

Die Qualität des Wirtschaftsstandort Niedersachsen wird aufgrund wachsender internationaler und technologischer Verflechtungen künftig immer mehr von seiner Innovationsfähigkeit abhängen. Neben der Schaffung der qualifikatorischen Voraussetzungen ist eine konsequent auf Förderung von Innovationen ausgelegte Politik einer der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft. Dazu sind Hochschulen und Unternehmen im Rahmen von Innovationsnetzwerken in den Regionen des Landes zielgerichtet zu fördern und zu unterstützen.

### Anpassung an veränderte Nachfragestrukturen unterstützen

Auch wenn die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung nachfragegerechter Produkte die Kernkompetenz der Wirtschaft darstellt, kann eine aktive Wirtschaftspolitik dazu beitragen, notwendige Anpassungen zu forcieren, um die Wettbewerbsposition niedersächsischer Unternehmen zu verbessern. Unterstützend tätig werden kann das Land Niedersachsen vor allem im Bereich der Seniorenwirtschaft und der Sensibilisierung regionaler Akteure bei der Anpassung an die veränderte, zukünftig ältere Konsumentenstruktur. Ferner bieten sich eine stärkere Forschungsunterstützung für barrierefreie Produkte sowie mehr Unterstützung bei der Entwicklung der Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen an. Darüber hinaus wird der Bereich der familien- und haushaltsnahen Dienstleistungen künftig stark an Bedeutung gewinnen.

### Attraktivität Niedersachsens für Zuwanderer steigern

Ein Beitrag zur Verbesserung der Innovationsfähigkeit Niedersachsens gegenüber anderen Staaten und Ländern, ist die Steigerung der Attraktivität des Landes für hoch qualifizierte Zuwanderer.

Dazu ist eine verbesserte Integrationspolitik mit all ihren Facetten notwendig, die positive Signale für potenzielle Zuwanderer sendet.

## **Selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen**

Angesichts der wachsenden Anteile älterer Menschen in unserer Gesellschaft muss sich das Bild vom Alter grundlegend wandeln. Das derzeitige von Kostengesichtspunkten geprägte Altersbild muss abgelöst werden durch ein Verständnis von Alter, das in erster Linie die Potenziale älterer Menschen und ihre möglichen Beiträge für die Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt. Dabei geht es nicht nur um das volkswirtschaftliche Potenzial dieser Bevölkerungsgruppe, sondern auch um die Ermöglichung von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Nacherwerbsphase. Seniorenpolitik muss integriert in alle Fachpolitiken betrachtet werden und nicht für, sondern vor allem mit älteren Menschen gestaltet werden. Voraussetzung dafür ist jedoch ein grundlegender Bewusstseinswandel innerhalb der Gesellschaft. Den Menschen muss vermittelt werden, dass die Bedürfnisse älterer Menschen die künftig fundamental eigenen Bedürfnisse sind und nicht nur die eines Teils der Gesellschaft.

### **Langes eigenständiges Leben unterstützen**

Die wichtigste Voraussetzung für eine selbst bestimmte Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen ist die Möglichkeit zu einer weitgehend eigenständigen Lebensführung. Zwar sinkt die Möglichkeit einer eigenständigen Lebensführung mit abnehmender körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit, aber diese Mobilitätseinschränkungen lassen sich durch die Gestaltung einer barrierefreien Umwelt bis zu einem gewissen Umfang kompensieren. Dazu gehören vor allem die eigene Wohnung und das Wohnumfeld. Ferner sind auch altersgerechte Siedlungsstrukturen mit Verfügbarkeit von Infrastrukturen und Dienstleistungen in enger räumlicher Nähe zur Wohnung wichtig. Das Netz unterstützender Dienstleistungen muss weiter ausgebaut werden, um durch Hilfestellungen die eigenständige Lebensführung weiterhin zu ermöglichen.

### **Potenziale erkennen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen**

Altersdiskriminierende Marktmechanismen sind abzuschaffen. Vielmehr sind Voraussetzungen zu schaffen, die es älteren Menschen ermöglichen, ihr Wissen, ihre Erfahrung und auch ihre Arbeitskraft in der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Das betrifft den Arbeitsmarkt genauso wie den sozialen Bereich und das gesellschaftliche Engagement. Während für den Arbeitsmarkt die allge-

meinen Rahmenbedingungen verbessert werden müssen, kann eine bedarfsgerechte Politik mit älteren Menschen in erster Linie in den Regionen entwickelt und umgesetzt werden.

### **Menschenwürdige Betreuung und Pflege sicherstellen**

Auch wenn die meisten älteren Menschen zeitlebens nicht pflegebedürftig werden, ist die Entwicklung einer zukunftsfähigen Pflegepolitik angesichts der demografischen Veränderungen eine der dringlichsten politischen Aufgaben.

Kann eine Pflegebedürftigkeit nicht verhindert oder hinausgezögert werden, muss pflegebedürftigen Menschen die Hilfestellung und Unterstützung zukommen, die sie benötigen. Pflegeleistungen müssen jedem Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Der Staat hat die Aufgabe, dafür die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen, weil reine Marktmechanismen dies nicht gewährleisten können. Neben der Sicherstellung einer solidarischen Finanzierung muss sich ein zukunftsfähiges Pflegesystem in erster Linie an den Bedürfnissen der betroffenen Menschen und der sie Pflegenden orientieren. Dazu gehören z.B. die einfache und unbürokratische Unterstützung von pflegenden Angehörigen durch Leistungssysteme und bessere Möglichkeiten zur risikolosen Freistellung von Erwerbstätigkeit. Weiterhin benötigt der Pflegebedürftige den Ausbau ambulanter und aufsuchender Betreuungs- und Pflegeleistungen. Hierzu ist mehr Transparenz auf dem Markt durch umfassende Information und Beratung der Betroffenen und Pflegenden herzustellen.

### **Palliative Pflege ausbauen**

Durch den demographischen Wandel steigt die Anzahl der Menschen, die im Alter auf Fremdhilfe angewiesen sind. Die zunehmende Anerkennung von Aspekten wie Lebensqualität, Selbstbestimmung, Teilhabe, Würde und Identität in der Medizin und Pflege, erfordert einen Ausbau der palliativen Pflege und hospizlicher Dienste. Der Ausbau palliativer Pflege setzt die stärkere Berücksichtigung der Palliativmedizin in der Forschung, Aus- und Weiterbildung von medizinischem Personal voraus. An den Ausbau eines stationären oder ambulanten Hospizwesens müssen vor allem hohe Anforderungen an die Schulung des Personals, die Qualitätssicherung sowie die angemessene Berücksichtigung persönlicher Anliegen von Sterbenden gestellt werden. Angesichts der steigenden Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund sind die besonderen Bedürfnisse der Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen zu berücksichtigen.

Noch offene ethische Fragen im Umgang mit Sterbenden sollten zum Bestandteil der gesellschaftlichen Debatte um die Zukunft der Pflege gemacht werden.

## Prävention und Teilhabe stärken

### Gesundheitsprävention und -förderung ausbauen

Durch die zu erwartende Zunahme gesundheitlicher Einschränkungen und die wachsende Erfordernis zum effizienten Mitteleinsatz im Gesundheitswesen muss es oberstes Ziel sein, die Zahl der Erkrankungen zu senken.

Dazu muss das vorherrschende Nachsorgeprinzip mittelfristig durch ein umfassendes Präventionsprinzip ergänzt werden, das die grundlegende Verbesserung der Gesundheit jedes Einzelnen durch bessere Diagnose, Behandlung und Rehabilitation zum Ziel hat.

Das bedeutet, über eine umfassende Präventionsstrategie zunächst Erkrankungen zu verhindern, und wenn dies nicht vermieden werden kann, diese möglichst weit hinauszuzögern.

Durch Prävention sind Anpassungen vorzunehmen, die die Gesundheits- und Unfallgefährdung insbesondere älterer Menschen in allen Lebensbereichen so mindern, dass gesundheitliche Schäden vermieden und eine möglichst lange eigenständige Lebensführung möglich wird.

Mit verhaltenspräventiven Maßnahmen muss ein gesundheitsfördernder Lebensstil unterstützt werden. Information und Aufklärung muss im frühen Lebensalter beginnen und lebensbegleitend beibehalten werden. Dies kann durch eine umfassende Gesundheitsbildung an den Schulen erfolgen und später über Jugendarbeit und andere Institutionen, aber auch in der Arbeitswelt fortgesetzt werden. Wichtige Zielgruppe dieser Maßnahmen sind dabei Menschen im sozial benachteiligten Umfeld.

### Versorgungsstrukturen bedarfsgerecht modernisieren

Der Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung, die strukturellen Veränderungen im ambulanten und stationären Sektor sowie wachsende regionale Unterschiede verlangen künftig neue Wege in der Gesundheitsversorgung. Dabei wird es in erster Linie darum gehen, Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige bedarfsgerechte Versorgungsstruktur in allen Landesteilen zu schaffen.

Die Strukturveränderung im Krankenhausbereich erfordert neben verbesserten und längerfristigen Bedarfsplanungen mehr Abstimmung, Kooperation und Aufgabenteilung. Insbesondere in den dünner besiedelten Gebieten müssen Alternativen zur heutigen Form der Versorgung entwickelt werden. Dazu sind Möglichkeiten wie bessere ambulante Versorgungsnetze, integrierte Versor-

gung, Notfall- oder Portalkliniken mit verbesserter Diagnosefähigkeit und Transportkapazitäten wie auch die Möglichkeiten der Telemedizin stärker in Betracht zu ziehen.

Im Rahmen dieser Vernetzung zur Schaffung integrierter Angebotsstrukturen ist auch eine verstärkte Verzahnung mit Einrichtungen der Kurzzeitpflege herzustellen.

Angesichts des Wandels in der Trägerlandschaft der Krankenhäuser müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass eine qualitative hochwertige Versorgung für die gesamte Bevölkerung in allen Landesteilen erhalten bleibt und negative Risikoauslese vermieden wird.

### **Angebote vernetzen**

Zur Aufrechterhaltung einer bedarfsgerechten Gesundheitsinfrastruktur in allen Landesteilen wird es notwendig werden, vorhandene Angebote und Strukturen besser zu vernetzen. So werden angesichts der Konzentrations- und Spezialisierungstendenzen im Krankenhaussektor verschiedene Formen der Kooperation und Arbeitsteilung und bei neuen Investitionen und Standorten auch räumliche Zusammenlegungen notwendig.

Ferner ist die stärkere Verzahnung des stationären mit dem ambulanten Bereich weiter voranzutreiben, weil nicht nur die Zahl an Krankenhausbetten perspektivisch abnehmen wird, sondern auch viele kleinere Krankenhausstandorte künftig nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Darüber hinaus ermöglicht eine stärkere funktionale Vernetzung den Verzicht auf Doppelstrukturen.

### **Regional angepasste Lösungen entwickeln**

Wie in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge werden Lösungen in Bereich der Gesundheitsvorsorge und -infrastruktur auf die spezifischen regionalen Bedürfnisse und Besonderheiten zugeschnitten werden müssen. Die regionalen Akteure müssen gemeinsam an der Entwicklung tragfähiger Versorgungskonzepte mitwirken. In dünn besiedelten ländlichen Regionen mit hohen Anteilen älterer Bevölkerung sind innerhalb der Region attraktive Versorgungsstrukturen zu entwickeln, um versorgungsdefizitbedingte Abwanderungen von Bevölkerung zu verhindern.

## **Räumlichen Zusammenhalt stärken und Daseinsvorsorge sichern**

In kaum einem anderen Bundesland ist die demographische Entwicklung in den Teilräumen des Landes so unterschiedlich wie in Niedersachsen. Niedersachsen ist gerade beim Umgang mit großen und künftig weiter wachsenden Unterschieden auch in der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Teilräume in besonderem Maß gefordert. Es sind Lösungen zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge in allen Landesteilen im Rahmen einer solidarischen Unterstützung der schwächeren Regionen durch die stärkeren Regionen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang bedeutet Gleichwertigkeit nicht Gleichheit.

### **Regionale Unterschiede erkennen und allen Landesteilen Perspektiven eröffnen**

Wichtigste Voraussetzung einer solidarischen Politik ist, regionale Disparitäten wahrzunehmen und zu akzeptieren. Bei unterschiedlicher Ausgangslage, Struktur und Entwicklungsperspektive der Regionen kann jede einzelne im wachsenden Wettbewerb nur über die Entwicklung ihrer spezifischen Stärken bestehen. Dies erfordert eine andere Form der Unterstützung, Förderung und Ausgleichspolitik. Dabei rücken zwei zentrale Punkte in den Vordergrund: die ökonomische Entwicklung der Regionen auf Basis ihrer jeweiligen spezifischen Stärken und die Sicherung der Daseinsvorsorge.

Die Frage des räumlichen Zusammenhalts muss in Anlehnung an die europäische Kohäsionspolitik Bestandteil niedersächsischer Politik werden. Dies erfordert sowohl eine zielgerichtete Förderung aller Regionen und ihrer Stärken wie auch eine anpassungsorientierte Ausgleichspolitik für die schwächeren Regionen. Allerdings muss dazu die regionale Verantwortung gestärkt und die Entfaltung endogener Potenziale besser unterstützt werden.

Es muss ein klares politisches Bekenntnis zur Solidarität mit schwächeren Regionen erfolgen, indem die Schutzfunktion vor der Übervorteilung schwächerer durch stärkere Regionen mittels klarer Wettbewerbsregeln bei der Landes- und Regionalentwicklung gestärkt wird. Dabei müssen die Steuerungsinstrumente des Landes an die neuen Herausforderungen angepasst werden. Dazu gehören:

- die Anpassung und Weiterentwicklung der Landesplanung und ihres Instrumentariums zur Sicherung und Entwicklung zukunftsfähiger Siedlungsstrukturen und der Daseinsvorsorge (z.B. durch Orientierung an tatsächlichen Bedarfen, Stärkung von Zentren mit Versorgungsfunktionen, Stärkung funktionaler Betrachtungsweisen bei der Daseinsvorsorge, Berücksichtigung von längerfristigen Kosteneffekten, Stärkung der Innen- vor der Außenentwicklung sowie die Entwicklung alterungsgerechter Siedlungsstrukturen durch Stadt- und Dorfumbau).
- die Überprüfung und Anpassung zentralörtlicher Einstufungen. Dazu gehören sowohl die Option zur Straffung des zentralörtlichen Systems als auch erweiterte Spielräume zur Abweichung von landesplanerischen Vorgaben, wenn regional abgestimmte Entwicklungskonzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge vorliegen.
- eine stärkere Bindung der Genehmigungspraxis von Vorhaben des großflächigen Einzelhandels an das Vorhandensein regional abgestimmter Einzelhandelskonzepte und die Aktualisierung und Anpassung von Flächennutzungsplänen an die demographische Entwicklung und längerfristigen Perspektiven der Daseinsvorsorge.

## **Daseinsvorsorge zukunftsfähig machen**

### **Daseinsvorsorge als zentrale öffentliche Aufgabe erhalten**

Die Sicherstellung einer angemessenen Daseinsvorsorge in allen Landesteilen muss eine zentrale öffentliche Aufgabe bleiben.

Dazu müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine strukturelle Anpassung der Daseinsvorsorge an die demographischen Veränderungen erleichtern und damit auch in Regionen mit starken Bevölkerungsrückgängen und hoher Alterung Einrichtungen der Daseinsvorsorge langfristig zu sichern.

Wichtiger Schlüssel zur langfristigen Sicherung von funktionsfähigen Strukturen der Daseinsvorsorge ist die Siedlungsentwicklung bzw. die Entwicklung zukunftsfähiger Siedlungsstrukturen.

### **Gleichwertigkeit und Mindeststandards neu definieren**

Das Postulat der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse muss angesichts der erheblichen bestehenden und künftig noch anwachsenden regionalen Unterschiede mit neuem Leben gefüllt werden. Das bedeutet, es ist neu zu definieren und politisch zu entscheiden, was künftig unter gleichwertigen Lebensverhältnissen verstanden werden soll und welche Mindeststandards in wel-

chen Bereichen dabei gelten sollen. In diesem Zusammenhang muss kommuniziert werden, dass Gleichwertigkeit nicht Gleichheit ist und es damit immer Unterschiede geben wird.

Politisch zu entscheiden ist dagegen, welches Maß an Ungleichheit künftig akzeptiert werden soll und welche Rolle die öffentliche Hand dabei einnehmen soll. Ein wichtiger Leitgedanke bei dieser Diskussion muss der Zugang aller zu den zentralen Einrichtungen der Daseinsvorsorge sein.

Wenngleich diese Diskussion derzeit erst beginnt, so wird sie vor allem vor Ort geführt werden müssen, weil nur dort angepasste Lösungen erarbeitet werden können. Das Land hat die Aufgabe, hierfür einen verlässlichen Rahmen zur Festlegung von Mindeststandards zu schaffen, Orientierung zu geben und Anpassungsprozesse angemessen zu unterstützen.

### **Erreichbarkeit verbessern und Mobilität für alle sichern**

Da heute absehbar ist, dass viele Einrichtungen der Daseinsvorsorge insbesondere in schrumpfenden ländlichen Regionen künftig nur noch an weniger und größeren Standorten vorgehalten werden können, gewinnen Fragen ihrer Erreichbarkeit künftig an Bedeutung. Daher muss die Erreichbarkeit von Einrichtungen vor allem für nicht automobilen Bevölkerungsgruppen verbessert werden.

Die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der ÖPNV-Angebote muss an die sich verändernden Nutzerstrukturen und spezifischen regionalen Bedürfnissen angepasst und mit den Einrichtungen der Daseinsvorsorge stärker verzahnt werden. Dazu sind regionalplanerische Vorgaben stärker als bisher zu beachten. In schrumpfenden Regionen ist eine stärkere Konzentration der Siedlungsentwicklung an Nahverkehrsachsen notwendig.

In peripheren Regionen werden Lösungen zur Aufrechterhaltung einer nachfrageorientierten Minimalmobilität erforderlich, die entsprechend unterstützt und gefördert werden müssen. Dazu sind neue, flexible und intelligente Lösungen gefragt und modellhafte Ansätze in der Praxis stärker zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist ein barrierefreier Umbau des öffentlichen ÖPNV-Netzes anzustreben.

### **Regionale Verantwortung stärken**

Der Regionalpolitik muss angesichts veränderter Rahmenbedingungen nicht nur ein höherer Stellenwert zuerkannt, sondern sie muss auch in ihrer Ausrichtung grundlegend modernisiert werden. Landes- und Regionalpolitik muss vor allem Prozesse fördern, die die regionale Entwicklung auf Grundlage angepasster Konzepte voranbringen. Das bedeutet:

- Landes- und Regionalpolitik müssen künftig stärker spezifische Belange und Bedarfe der Regionen berücksichtigen. Fördermittel sollen künftig stärker Impulse setzen, um Entwicklungen anzustoßen. Das bedeutet eine klare Abkehr von der Förderung mit der Gießkanne.
- Die Vergabe von Fördermitteln muss an das Vorhandensein regionaler Entwicklungskonzepte geknüpft werden, an die bestimmte qualitative Anforderungen zu stellen sind wie z.B.: Berücksichtigung endogener Potenziale und Entwicklungschancen, der demographischen Entwicklung, von Möglichkeiten regionaler Arbeitsteilung und interkommunaler Kooperation sowie integrierter Betrachtungsweisen.
- zeitlich befristete und zweckgebundene gesonderte Zuwendungen für besonders bedürftige Regionen zur Anpassung der Daseinsvorsorge.

### **Funktionsfähigkeit von Strukturen überprüfen**

Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen muss überprüft werden, inwieweit die bestehenden öffentlichen und administrativen Strukturen Niedersachsens den anstehenden und vor allem künftigen Aufgaben gewachsen sind. Im Bereich der Daseinsvorsorge und der regionalen Entwicklung stehen Aufgaben an, die eine leistungsfähige Organisationsstruktur benötigen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Vergleich erhalten werden soll. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Aufgaben künftig immer mehr auf Koordinations-, Bündelungs- und Moderationsfunktionen sowie Prozessmanagement und Impulsgebung hinauslaufen, die entsprechendes Know-how verlangen. Zukunftsfähige öffentliche Strukturen müssen zu allererst an den anstehenden Aufgaben und Funktionen ausgerichtet werden. Um erwünschte Synergiepotenziale von Kooperationen zu erreichen, ist daher vor allem die Arbeitsfähigkeit in Kooperationsräumen zu gewährleisten.

### **Investitionen an langfristigen Entwicklungen orientieren**

Die Perspektive sinkender Einwohnerzahlen muss künftig bei Investitionen in öffentliche Infrastruktur auf allen Ebenen sehr viel stärker als bisher berücksichtigt werden. Dazu ist ein Paradigmenwechsel notwendig, weil nicht mehr nur auf die bisherige Strategie des quantitativen Wachstums gesetzt werden kann. Öffentliche und staatlich geförderte private Investitionen müssen daher die zukünftige Einwohnerentwicklung bei Finanzierungskonzepten stärker als bisher zugrunde legen.

### **Hilfestellung für Kommunen geben**

Die Kommunen sind von den demographischen Veränderungen in besonderem Maße betroffen, da sich die Veränderungen hier konkret auswirken. Das Land ist gefordert, die Kommunen bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben angemessen zu unterstützen, indem vor allem unterstützende Angebote und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus sind alle Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, die den Ausbau regionaler und interkommunaler Kooperation fördern.

## Lebenswerte Städte und Gemeinden erhalten

Die zunehmende kleinräumige Ausdifferenzierung des Wohnungsmarkts mit einem Nebeneinander von Angebots- und Nachfrageüberhängen verlangt immer mehr eine integrative und regionalisierte Betrachtung von Wohnungspolitik, Siedlungsentwicklung, Daseinsvorsorge und Verkehrsentwicklung in der Städtebaupolitik.

Um angesichts einer insgesamt nachlassenden Nachfragedynamik Fehlinvestitionen und Wertverlusten bei öffentlichen und privaten Immobilien vorzubeugen, muss Wohnungs- und Städtebaupolitik wieder stärker landespolitisches Handlungsfeld werden.

### Prioritäten setzen

Die immer stärker differenzierte Nachfrageentwicklung verlangt künftig klare Prioritätensetzungen. Bei Landesentwicklung und Städtebau von der Außen- zur Innenentwicklung, bei der Bautätigkeit vom Neubau hin zum Umbau der vorhandenen Bestände und räumlich hin zu Standorten mit Versorgungsfunktionen gegenüber dezentralen Lagen ohne Funktionen und ÖPNV-Anbindung.

### Integrierte Konzepte verfolgen

Zunehmende Nachfragedifferenzierung, kleinräumige Segregation und veränderte Anforderungen an soziale Infrastrukturen verlangen immer stärker integrierte Konzepte der Stadt- und Gemeindeentwicklung. Das Land muss einen Rahmen schaffen, der die Entwicklung und Umsetzung solcher Konzepte fördert. Beispiele sind die stärkere Nutzung des Instrumentes »kommunaler Wohnraumversorgungskonzepte« zur Stadtentwicklung und Fördermittelvergabe sowie die stärkere Einbeziehung von Wohnungseigentümern bei der Koordinierung von Maßnahmen der Stadt- und Gemeindeentwicklung.

### Qualitäten entwickeln

Im wachsenden Wettbewerb um Einwohnerinnen und Einwohner wird es künftig immer mehr darum gehen, attraktive und nachfragegerechte Wohnstandortqualitäten zu entwickeln bzw. deren Entwicklung zu unterstützen. Das Land sollte dazu günstige Rahmenbedingungen schaffen

und geeignete Instrumente zur Förderung entwickeln. Dies kann geschehen z.B. durch die Förderung von Bestandssanierungen zur Anpassung an die Nachfrageentwicklungen sowie die energetischer Sanierung und Herstellung von Barrierefreiheit und die Förderung von altengerechten und generationenübergreifenden neuen Wohnformen. Auch der Rückbau von Wohnungsleerständen ist mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.

## Zivilgesellschaft stärken

Bürgerschaftliches Engagement kann einen wichtigen ergänzenden Beitrag zur Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts leisten. Insbesondere für die wachsende Zahl älterer Menschen werden Angebote in diesem Bereich zu einem wichtigen Faktor der gesellschaftlichen Teilhabe.

In diesem Verständnis darf bürgerschaftliches Engagement nicht als Ersatz für öffentliche Aufgaben, sondern als freiwillige Ergänzung und Beitrag zur Verbesserung des Generationenverständnisses verstanden und sollte politisch auf allen Ebenen unterstützt werden. Dabei ist die gesellschaftliche Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement zu verbessern.

### Zusammenleben der Generationen stärken

Die demographischen Veränderungen erfordern neue Wege im Umgang der Generationen miteinander und eine stärkere Verknüpfung der Lebenswelten der Generationen. Für die älteren Generationen ermöglicht der Gewinn an aktiver Lebenszeit nicht nur mehr Möglichkeiten für gesellschaftliches und nachbarschaftliches Engagement an Schnittstellen, an denen die jungen Familien Unterstützung gebrauchen können, sondern auch die Chance auf mehr gesellschaftliche und nachbarschaftliche Teilhabe in einer Zeit der zunehmenden Singularisierung und Vereinsamung.

Die jüngere Generation kann ihrerseits der älteren Generationen unter die Arme greifen, indem durch gesellschaftliches und vor allem nachbarschaftliches Engagement Unterstützung im Alltag bei einer selbstständigen Lebensführung gewährt wird. Dazu sind neben der Förderung und Unterstützung geeigneter Strukturen vor allem Rahmenbedingungen zu schaffen, die Begegnung, Kommunikation und Austausch der Generationen fördern. Neben der generellen Förderung gesellschaftlichen Engagements ist insbesondere die Förderung aktiver Nachbarschaften durch Konzepte des intergenerativen Wohnens ein geeignetes Instrument.

### Rolle und Stellenwert bürgerschaftlichen Engagements klären

Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiges stabilisierendes Element des Gemeinwesens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Allerdings sind im Rahmen einer gesellschaftlichen Debatte die Schnittstellen zur staatlichen Aufgabenwahrnehmung zu definieren. Dies ist einerseits not-

wendig, um Tendenzen zum Rückzug aus der Verantwortung entgegenzutreten und andererseits bei den ehrenamtlich Aktiven nicht den Anschein zu erwecken, ihre Leistungen würden missbraucht.

### **Engagement auf breite Basis stellen**

Mehr bürgerschaftliches Engagement benötigt nicht mehr Einsatz bereits heute Aktiver, sondern zusätzlich mehr engagierte Menschen. Dazu ist in erster Linie ein gesellschaftliches Klima erforderlich, das bürgerschaftlichem Engagement eine angemessene Wertschätzung und entsprechenden Stellenwert einräumt. Kinder und Jugendliche sind eine wichtige Zielgruppe, weil ein Engagement in jungen Jahren auch eher im Alter fortgesetzt wird. Weitere Gruppen mit Potenzialen sind Menschen mit Migrationshintergrund und Seniorinnen und Senioren.

### **Engagement fördernde Strukturen stützen**

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht zwingend auf feste Strukturen angewiesen, benötigt aber Beteiligung und Engagement fördernde organisatorische oder institutionelle Anbindungen. Ein zentraler Stellhebel zur Förderung gesellschaftlichen Engagements ist der Aufbau und die Unterstützung von geeigneten Infrastrukturen und Hilfestellungen. Entsprechende Maßnahmen müssen sich dabei sowohl an die Akteure wie Vereine, Stiftungen und Initiativen richten, aber auch die Vernetzung und damit den Informationsaustausch und Koordinationsaufgaben unterstützen.



